

Wittgensteiner Zeitung

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe

Anzeigen: 1 mm hoch, 42 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 8 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif

Nummer 96

Heimatsprecher Nr. 1

Laasphe, Donnerstag den 25. April 1929

54. Jahrgang

Neues vom Tage.

Im Reichstagsausschuß für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms beauftragte Präsident Meißner von der Preussischen Deputation die Verluste bei einer Reihe von genossenschaftlichen Unternehmungen auf 60 Millionen Mark. Die eingeleitete Reorganisation des Genossenschaftswesens werde eine Degeneration des Geldverkehrs bringen.

Ein deutsch-schweizerisches Abkommen als Zusatz zum Handelsvertrag von 1926 regelt die Zollbehandlung von Waren und anderen Industrieerzeugnissen.

Mitglieder der englischen Industrieabordnung, die zu Studienzwecken Sowjetrußland bereiste, erklärten gegenüber Pressevertretern, daß sie mit dem Resultat ihres Aufenthalts in Sowjetrußland zufrieden seien. Die Abordnung repräsentiere 1500 englische Firmen mit über 600 Millionen Pfund Kapital.

Im englischen Unterhaus teilte Schatzkanzler Churchill mit, daß Großbritannien bisher an die Vereinigten Staaten in Durchführung seines Schuldensystems 246 600 000 Pfund (fast 5 Milliarden Mark) zahlte, während es von seinen früheren Verbindungen in derselben Zeit 33 700 000 Pfund (674 Millionen Mark) in Abtragung ihrer Schuldverpflichtungen erhielt.

Die südafrikanische Regierung hat durch einen Erlaß sämtliche Randgebungen und Felsen am 1. Mai verboten.

Der amerikanische Senatsausschuß hat die beiden Anträge des Republikaners Hyde, die den Widerruf bzw. den Aufschub des Inkrafttretens des amerikanischen Einwanderungsgesetzes verlangten, abgelehnt. Das Einwanderungsgesetz wird somit am 1. Juli in Kraft treten.

Der Ausweg.

Die Pariser Sachverständigenkonferenz zur Reparationsfrage war bereits Ende der letzten Woche mit ihrem Vorkurs am Ende. Die Verhandlungen waren damals eigentlich gescheitert, denn der Unterhandschuß, der zur Prüfung der deutschen Vorschläge eingesetzt worden war, hatte den Beschluß gefaßt, die Verhandlungen nicht fortzusetzen, da eine Einigung nicht zu erzielen sei. Man hatte bereits eine Vollziehung der Konferenz anberaumt, zu dem Zweck, diesen Beschluß des Unterhandschußes zu sanktionieren. Da sich plötzlich und unerwartet der englische Delegierte Lord Rothermere, und man war deshalb genötigt, diese Vollziehung um einige Tage hinauszuschieben. Diese Zwischenpause wurde von den verschiedensten Seiten benutzt, um die abgegangenen Fäden wieder zusammenzuflicken. So kam es, daß die Vollziehung der Konferenz, die am Dienstag dieser Woche abgehalten wurde, vor einer wesentlich geänderten Situation stand: vor acht Tagen die Tatsache des Unterhandschuß-Beschlusses auf förmlichen Abbruch aller Verhandlungen, jetzt das Bestreben, irgendeinen Ausweg zu finden, auf dem der festgefahrene Karren wieder flott zu machen wäre.

Ein Ausweg ist nunmehr tatsächlich gefunden worden. Ob er aber die Hoffnungen, die auf ihn gesetzt werden, erfüllt, ob er tatsächlich aus der Wirnis herausführen wird, das sich heute noch kein Mensch sagen kann. Man hat zunächst einmal beschlossen, einen sogenannten Redaktionsausschuß einzusetzen, mit der Aufgabe, einen Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Konferenz auszuarbeiten. Nach der amtlichen Mitteilung über diesen Beschluß sollen sich diese Redaktionsarbeiten in erster Linie auf die Punkte erstrecken, über die in den letzten fünf Wochen langen Verhandlungen eine grundsätzliche Einigung innerhalb der Konferenz erzielt worden ist. Es handelt sich dabei wohl in erster Linie um die Errichtung der Reparationsbank, die mit der Entgegennahme der deutschen Zahlungen beauftragt werden, diese Zahlungen unter die Gläubigerländer verteilen und die einzelnen Summen in die Währungen der in Betracht kommenden Länder umwandeln soll. Zu dem Aufgabengebiet der Bank soll auch die Gewährung von Krediten sowohl an die Gläubigerländer, wie an Deutschland gehören. Ueber diese Dinge ist innerhalb der Sachverständigenkonferenz während des ersten Teils ihrer Verhandlungen Uebereinstimmung erzielt worden. Man kann also annehmen, daß die schriftliche Fixierung der entsprechenden Beschlüsse verhältnismäßig rasch vor sich gehen kann. Die Pariser Presse rechnet damit, daß der Bericht des Redaktionsausschußes darüber bis etwa 15. Mai vorliegen wird.

Nun darf man aber nicht vergessen, daß es sich bei diesen Fragen nur um Dinge von untergeordneter Bedeutung handelt. Die Errichtung einer internationalen Reparationsbank ist keine grundsätzliche, sondern nur eine organisatorische Maßnahme. Um was es sich grundsätzlich handelt, das ist nach wie vor die Höhe der Deutschland aufzuerlegenden Reparationsverpflichtung — und gerade hier sind die Auffassungen noch sehr weit auseinander. Die Diensttagung der Konferenz hat dazu beigesteuert, daß während der Beschäftigung mit den Fragen, über die bereits eine Einigung erzielt werden konnte, gleichmäßig Anstrengungen gemacht werden, um auch über die Punkte zu einer Einigung zu gelangen, die eine Verständigung erzielt wurde. So heißt es, daß man sich dahin zu verstehen, daß die Delegierten nun versuchen sollen, in privaten Besprechungen zu einem völligen oder wenigstens annähernden Einverständnis über die Höhe der deutschen Tributverpflichtungen zu kommen. Biegt ein solches

Einverständnis vor, dann erst soll das Plenum der Konferenz wieder einberufen werden.

Man sieht, es ist auch jetzt noch sehr, sehr wenig Positives erreicht. Der mit viel Spannung erwartete Dienstagbeschuß der Konferenz bedeutet nicht viel mehr als eine Vertagung der Beratungen auf noch unbestimmte Zeit. Man hat nur vermeiden und vermeiden wollen, daß die Konferenz einfach auseinandergeht, indem sie feststellt, daß sie nichts hat erreichen können. Ob sie nicht aber doch noch einen derartigen Beschluß fassen müssen, ist heute noch nicht abzusehen. In der Pariser Presse ist die Stimmung ganz verschieden. Es gibt dort optimistische und pessimistische Beurteiler der Situation, es gibt auch Zeitungen, die alles Mögliche über das, was nun folgen wird, zusammen phantastieren.

Für uns in Deutschland besteht nach wie vor kein Grund, nervös zu werden. Je ruhiger und je einiger die deutsche öffentliche Meinung bleibt, desto besser. Desto besser auch für den weiteren Verlauf der ganzen Verhandlungen, deren Ausgang auch jetzt noch nicht abzusehen ist.

Vertagung zum Herbst?

Meinungsumschwung in England. — Ein verschleierter Mißerfolg. — Amerikanische Stimmen. — Der Redaktionsausschuß tagt am Freitag. — Die Polen protestieren.

England ist pessimistisch.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ bestätigt die pessimistische Einstellung britischer amtlicher Kreise zu den Verhandlungen der Sachverständigen in Paris. Dieser Meinungsumschwung sei auf die ungünstigen Ausblicke zurückzuführen, die von Mitgliedern der britischen Abordnung vertreten und anscheinend von amerikanischen Vertretern geteilt würden. Die letzteren würden durch zwei Tatsachen in ihrem Wunsch, einen Ausgleich zustande zu bringen, gehemmt: 1. die unangenehme Haltung Dr. Schacht's, 2. die Weigerung Washingtons auf die Rückzahlung der Besatzungskosten zu verzichten.

In London glaubt man aber, daß jeder Zusammenbruch vorfristig durch eine Vertagung auf den Spätsommer oder Frühherbst verhindert werde.

New Yorker Ansichten über Schacht's Taktik.

In New York wird erklärt, Dr. Schacht hätte keinen ungünstigeren Augenblick erwählen können, um seine Forderungen, die auf eine Neuänderung des Versailler Vertrages hinführen, vorzubringen.

Schacht habe recht, soweit die Notwendigkeit einer Vertragsänderung in Betracht komme. Aber Schacht habe einen falschen Augenblick erwählt, denn die wirtschaftlichen Sachverständigen hätten nichts damit zu tun.

Am Freitag erste Sitzung des Redaktionsausschußes.

Der in der Dienstag-Vollziehung der Sachverständigen eingesetzte Redaktionsausschuß wird am Freitagnachmittag seine Arbeiten amtlich aufnehmen, da die im Anschluß an die Vollziehung vom Dienstagvormittag stattgefundenen Besprechungen lediglich vorbereitenden Charakter hatten.

In der Zwischenzeit werden die Sachverständigen gemeinschaftlich den Entwurf eines Schlussberichtes vorbereiten, der den Arbeiten des Redaktionsausschußes als Unterlage dienen soll. In den kommenden Tagen wird dann auch die in der amtlichen Verlautbarung in Aussicht gestellte halbamtliche Fühlungsnahme zwischen den Führern der Alliierten und der deutschen Abordnung wegen der bisher ungelöst gebliebenen Fragen stattfinden.

Paris sieht die Verhandlungen als gescheitert an.

Ueber die Beurteilung der Lage in Paris wird von dort gemeldet: Während die französische Reichspresse die Folgen eines etwaigen Scheiterns für Deutschland ausmalt, ist man in Pariser Finanz- und Börsenkreisen eherlich bemüht, zuzugestehen, daß von einem endgültigen Scheitern alle internationalen Märkte gleichmäßig betroffen sind, und daß das Geld verknappert werden würde. Wie wenig optimistisch gleichwohl im allgemeinen die Ansichten der Konferenz beurteilt werden, zeigt die Auffassung des „Paris midi“, dem zufolge die Konferenz als endgültig gescheitert betrachtet werden muß, da sie eine völlige und endgültige Regelung der Kriegsschuldigkeiten nicht zustande gebracht habe.

Das Blatt stellt fest, daß alle Reise nach den etwa 14-tägigen Beratungen über den Schlussbericht nicht mehr viel versprechen.

Ein lächerlicher polnischer Protest.

Wie aus Lemberg gemeldet wird, fand dort eine von polnischen Regierungskreisen einberufene Protestversammlung gegen die angeblichen „deutschen Angriffe auf den Bestand Polens“ statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

1. Die Versammelten protestieren gegen die Ansprüche auf uralt (1) polnische Gebiete. 2. Die Versammelten bringen dem Staatspräsidenten ihre Empörung dar und betunden, daß

das polnische Volk sich um den Staatspräsidenten und die Regierung scharen wird, um jeden Angriff auf den Bestand Polens zurückzuweisen. 3. Die Versammlung huldigt dem General Pilsudski, als dem ehemaligen Gefangenen von Magdeburg. 4. Die Versammelten geloben, ihre gesamten Kräfte im Kampf für die Einheit, Beständigkeit und Macht Polens einzusetzen.

Deutscher Antrag auf Verbot des Bombenabwurfs abgelehnt.

Nur fünf Mächte der „Abrüstungskonferenz“ dafür.

Wie aus Genf gemeldet wird, hat der Abrüstungsausschuß am Mittwoch nach bewegter Aussprache auf Vorschlag des französischen Vertreters den von der deutschen Abordnung eingebrachten Antrag auf uneingeschränktes Verbot des Abwurfs von Bomben, Explosivstoffen und Brandstoffen durch Flugzeuge sowie des Verbots der Vorbereitungen hierfür abgelehnt. — Graf Bernstorff begründete den deutschen Antrag mit dem Hinweis, daß der Bombenabwurf den Krieg in das Hinterland trage. Die Zivilbevölkerung der großen Städte, wie z. B. Berlin und London, könnten zu Hunderttausenden durch Bombenabwurf getötet werden. Das Verbot des Bombenabwurfs der Flugzeuge würde gleichzeitig die Aufrechterhaltung von Bombenabwurf Flugzeugen überflüssig machen. Der französische Vertreter bekämpfte den Antrag, ebenso der englische, der amerikanische und andere Delegierte. Graf Bernstorff erklärte, die deutsche Regierung werde im Falle einer Ablehnung ihren Antrag in der kommenden allgemeinen Abrüstungskonferenz von neuem stellen.

Der deutsche Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen von Deutschland, China, Sowjetrußland, Schweden und Holland abgelehnt. Somit haben von den 28 im Ausschusse vertretenen Regierungen lediglich fünf für eine völlige Verbotung des Bombenabwurfs in Kriegzeiten gestimmt.

Die österreichische Regierungskrise.

Dr. Ender will nicht Kanzler werden.

Die christlich-sozialen Partei hat bekanntlich beschlossen, den Landeshauptmann Dr. Ender (Bregenz) als Nachfolger Seipel's zum Bundeskanzleramt vorzuschlagen. Nun wird aus Wien berichtet, daß Dr. Ender erklärte, er trete die Bundeskanzlerschaft nicht an. Diese Erklärung ist damit begründet, daß seine Frau sehr schwer krank ist und sich einer Operation unterziehen muß, und daß es infolgedessen nicht feststehe, wann Dr. Ender wieder in die Lage kommen werde, sich den politischen Geschäften voll zu widmen.

Er hat infolgedessen seine Mission zurückgelegt, um nicht eine Verzögerung in der Krise zu verschulden. Auch hat Dr. Ender keinen Fehlschlag daraus gemacht, daß er von vornherein nur sehr ungern die Kanzlerschaft übernommen hätte, und daß er die Mission auf Drängen der christlich-sozialen Partei angenommen habe. Die Lage ist ziemlich verworren, da im Augenblick kein Kandidat für die Kanzlerschaft vorhanden ist, der allseitige Zustimmung finden würde.

Die Christlich-Sozialen haben, wie aus Wien gemeldet wird, jetzt den bisherigen Finanzreferenten von Vorarlberg, Professor Mittelberger, als neuen Kandidaten für das Bundeskanzleramt aufgestellt. Diese Kandidatur soll auf die Empfehlung von Dr. Enders zurückzuführen sein, als dessen rechte Hand in der Landesverwaltung Prof. Mittelberger gilt. Bei den anderen Mehrheitsparteien hat diese Kandidatur ein gewisses Erstaunen hervorgerufen, da man von Prof. Mittelberger politisch nichts anderes weiß, als daß er sich in der Landesverwaltung sehr gut bewährt hat und im übrigen politisch weitgehend mit Dr. Enders übereinstimmt.

Bulgarisch-südslawischer Konflikt.

Abgelehnter südslawischer Protest.

Vor einigen Tagen hatte der Kroatenführer Pabowitz in Sofia eine große Kundgebung für die „unterdrückte kroatische Nation“ veranstaltet. Diese Demonstration hatte, wie man sich denken kann, in Südslawien sehr vernehmlich. Wie nun aus Belgrad gemeldet wird, hat der südslawische Gesandte in Sofia beim bulgarischen Außenminister in der Angelegenheit des Kroatenführers Pabowitz vorgetragen.

Da von bulgarischer Seite keine zufriedenstellende Antwort gegeben wurde, ist er beauftragt worden, eine Protestnote zu überreichen, die energig gehalten sein soll. Es sollen Garantien verlangt werden, daß sich ähnliche südslawenfeindliche Kundgebungen nicht mehr wiederholen.

Nach Berichten aus Agram ist man in kroatischen Kreisen der Aktion Pabowitz gegenüber zurückhaltend. Das Agramer Blatt „Novosti“ nimmt gegen die Aktion Pabowitz in entschiedener Weise Stellung und erklärt, daß diese Aktion nicht nur den Kroaten, sondern auch dem ganzen südslawischen Staat nur Schaden zufügen könne.

Vor einem bulgarisch-schlesisch-polnischen Freundschaftsvertrag.

Aus Sofia wird gemeldet, daß Bulgarien demnächst Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über den Abschluß eines Freundschaftsvertrages beginnen werde.

Die Finanzierung des Wohnungsbaues.

Annahme der Reichsrichtlinien.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages hat jetzt den Reichsrichtlinien für die Finanzierung des Wohnungsbaues zugestimmt. Danach soll die öffentliche Hand auch weiterhin bei der Finanzierung der großen Mehrheit der zu erstellenden Wohnungen mitwirken. Ihre Beteiligung darf aber nur unter der Bedingung erfolgen, daß die zu bauenden Häuser den in den Richtlinien aufgestellten Erfordernissen entsprechen, vor allem daß die Mieten den Einkommensverhältnissen der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung angepaßt sind.

Im allgemeinen sollen die Mieten so bemessen sein, daß sie 10 Prozent des Einkommens der künftigen Familien nicht übersteigen. Die öffentlichen Mittel sollen so bereitgestellt werden, daß eine möglichst gleichmäßige und angemessene Verteilung der Bauvorhaben und der Bauausführung über das ganze Jahr gewährleistet wird. Für alle aus besonderen Steuermitteln gewährten Hypotheken, vor allem für die Hauszinssteuerhypotheken, ist festzulegen, daß die rückfließenden Zinsen und Tilgungsbeträge wieder ausschließlich für Zwecke des Wohnungsbaues oder der Siedlung zu verwenden sind.

Bis zur endgültigen Finanzierung der Bauvorhaben durch Beschaffung von hypothekarischen Darlehen ist die Aufbringung von Zwischendebiten durch Gewährung von Bürgschaften der öffentlichen Hand beizubehalten. Als Ziel soll angestrebt werden, daß das volle Aufkommen der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau verwendet wird.

Die schlechte Kassenlage des Reichs.

Verwertung der Reichsbahn-Vorzugsaktien?

Zu der Reichstagsvorlage, die Anleihermächtigung der Reichsfinanzverwaltung um 200 Millionen Mark einmalig zu erhöhen, schreibt der „Demokratische Zeitungsdienst“: Eine schnelle Erledigung dieses Initiativantrages ist notwendig, weil sonst die Beamten der Reichsschuldenverwaltung in nächster Zeit nicht mehr in der Lage wären, die Schatzwechsel des Reichs zu unterzeichnen.

Wenn jetzt schon im ersten Halbjahr sich die Schwierigkeiten in der Kassenlage in dieser Weise bemerkbar machen, so geht daraus ohne weiteres hervor, daß die Kassenlage eine Besserung für die Zukunft einstweilen nicht erwarten läßt. Es sind deshalb innerhalb der Regierungskreise auch schon eine Reihe von Maßnahmen erwogen, um die Kassenlage des Reichs zu verbessern. Dabei ist insbesondere an eine Verwertung der Eisenbahn-Vorzugsaktien gedacht worden.

Wie jetzt hat die Reichsregierung die im Besitze des Reichs befindlichen Vorzugsaktien der Reichsbahn nicht veräußert, weil sie Bedenken dagegen hatte, diesen Besitz in andere Hände übergehen zu lassen. Wenn man jetzt daran denkt, die Aktien zu verkaufen, so wird man sich wohl vorher schon überlegt haben, an wen man sie geben kann und will.

Ein Großbanken-Kredit für das Reich abgeschlossen.

Wie aus Berlin gemeldet wird, sind die Verhandlungen des Reichs mit den Großbanken zum Abschluß gebracht worden.

Die Großbanken gewähren dem Reich einen Kredit von 170 Millionen RM., der zum Lombardsatz der Reichsbank plus 1/2 Prozent verzinslich ist. Der Kredit läuft auf drei Monate. Wie versichert wird, besteht vorläufig noch keine Aussicht, die Reichsbahnvorzugsaktien zur Verbesserung der Finanzlage des Reichs zu veräußern.

Scharfer Kurssturz der Reichsanleihen.

Die schwierige Finanzlage des Reichs, die in den Verhandlungen der letzten Zeit mit den Großbanken und anderen Stellen zur Erhaltung kurzfristiger Kredite in größerem Umfang zum Ausdruck kam, führte an der Berliner Wirtshochbörse zu einem scharfen Kurssturz der Reichsanleihen.

Die Neubestände des Reichs, die noch vor kurzem einen Kurs von 12 bis 14 v. H. hatte, ging von 11 auf unter 9 v. H. zurück, da erhebliche Verkäufe des Publikums stattfanden. Erst an der Nachbörse konnte sich wieder eine leichte Erholung durchsetzen. Auch die Altbestände des Reichs empfanden sich ab.

Die Briefe der Prinzessin.

Erzählung von E. Ph. Oppenheim.

„Natürlich kann nicht davon die Rede sein, daß wir der Prinzessin das Angebot auch nur unterbreiten,“ sagte er bestimmt. „Wir würden ihr damit eine unerhörte Kränkung antun. Und ich wage beinahe zu hoffen, daß uns der heutige Morgen auch eine andere Möglichkeit gezeigt hat, den angedrohten Schlag Dombrowskis abzuwenden.“

„Wie meinen Sie das?“ fragte Heinz gespannt. Und

Herbert erwiderte ruhig:

„Sprachen Sie nicht selbst die Vermutung aus, der Mord könne in einem Zusammenhang stehen mit der Verheiratung Martens? Drei Tage sind freilich eine kurze, sehr kurze Zeit. Aber wir werden eben das Menschenmögliche leisten müssen, und innerhalb dreier Tage müssen wir die Spur des wirklichen Mörders gefunden haben. Martens Frau soll uns dazu verhelfen.“

„Ich weiß nicht, ob Sie da nicht doch zu optimistisch denken,“ wandte Heinz bedenklieh ein. „Zunächst wissen wir ja noch nicht einmal bestimmt, ob jener Mayring wirklich mit Martens identisch war. Und wenn es wirklich so sein sollte, was allerdings auch ich glaube, so ist damit noch nicht erwiesen, daß auch meine andere Vermutung richtig ist. Wie sollen da die Nachforschungen dreier Tage ausreichen, uns Klarheit zu verschaffen?“

Herbert zuckte die Achseln.

„Es ist die einzige Chance, die uns gegeben ist, und wir müssen uns daran halten. Sie gestatten doch, daß ich Sie heute abend in das Theater begleite?“

„Ich habe es von vornherein als selbstverständlich angenommen. Ich bedarf ja für meine Unterredung mit der Frau eines Zeugen, und dann sehen vier Augen immer mehr als zwei.“

„Sie erwogen noch einmal alle Möglichkeiten, die Ihnen die Entdeckung der kleinen Choristin bieten konnte: aber

Die Etatberatung im Reichstag.

Berlin, 24. April.

Der Reichstag setzte die Beratung des Reichsetats für 1929/30 fort, und zwar wurde die Aussprache zum Voranschlag für

Verjüngung und Ruhegehalt

weitergeführt.

Abg. Erising (Str.) erklärte, nicht das deutsche Volk habe den Krieg verloren, sondern es habe die Folgen des verlorenen Krieges zu tragen. Verloren habe den Krieg die mangelhafte politische Leitung des deutschen Volkes vor dem Kriege und während des Krieges.

Abg. Schuldt-Sieglitz (Dem.) protestierte dagegen, daß sich Empfänger hoher Pensionen gegen die bestehende Staatsform betätigten. Das Wartelandsbeamtengesetz möge die Regierung baldigst wieder vorlegen.

Abg. Sparrer (Dem.) sprach die Erwartung aus, daß die in diesem Jahre beschlossenen Kürzungen den Kriegssopfen nicht dauernd entzogen werden.

Abg. Reib (Bayer. Vp.) hielt eine Erweiterung des Kreises der Bezüher der Elternrente für notwendig. Die Verjüngung der auscheidenden Militäranwärter sei der Grundpfeiler unseres neuen Heeres.

Abg. Buch (Nat.-Soz.) stellte fest, daß von den Mannschaften 13,1 Prozent, von den Referatsoffizieren 16,5 Prozent und von den aktiven Offizieren 24,7 Prozent gefallen seien. Damit seien die Annurde der Kommunisten widerlegt.

Abg. Eisenberger (Deutsche Bauernp.) forderte eine Kürzung der hohen Pensionen. Das wertvolle Volk sei nicht schuld an dem verlorenen Kriege und müsse jetzt die schweren Lasten tragen, während viele der Schuldigen hohe Minister- und Offizierspensionen beziehen.

Der Etat wurde in der Aussprache angenommen, ebenso eine Entschädigung, die noch während der Haushaltsberatungen die Vorlegung eines Gesetzes über Ruhegehalt für politische Beamte verlangt.

Es stand dann der vom Sozialpolitischen Ausschuss beantragte Gesetzentwurf über die

Erweiterung des Schwangers- und Wöchnerinnen-Schutzes

zur Beratung. Die Wochenhilfe soll auf Dreiviertel des Grundlohnes erhöht und die Frist für die Inanspruchnahme von vier auf sechs Wochen erweitert werden. Die Frist für die Erhaltung der Mitgliedschaft in der Invalidenversicherung wurde von acht auf zwölf Wochen erhöht. In einer Entschädigung wird ein Gesetzentwurf über den Schwangers- und Wöchnerinnenschutz für Landarbeiterinnen und Hausgehilfinnen gefordert.

Der Entwurf wurde nach kurzer Aussprache angenommen. — Es folgte die Beratung des von den Regierungsparteiern beantragten Gesetzentwurfs zur Änderung des Notetats, wodurch die

Anleihermächtigung der Regierung um 200 Millionen

erhöht werden soll.

Abg. Graf Westarp (Dntl.) beantragte die Ueberweisung an den Haushaltsausschuß. Der Antrag habe in der Öffentlichkeit beträchtliches Aufsehen erregt und Beunruhigung hervorgerufen. Präsident Lohse wies darauf hin, daß drei Lesungen heute ohnehin nicht vorgenommen werden könnten und daß deshalb eine Ausschussüberweisung keine Verzögerung bedeuten würde. — Die Ueberweisung an den Haushaltsausschuß wurde dann einstimmig beschlossen.

Das Haus vertagte sich auf Donnerstag.

Preussischer Landtag.

Berlin, 24. April.

Das Haus erledigte zunächst zurückgestellte Einzelartikel aus der bereits erfolgten zweiten Lesung verschiedener Haushalts. Beim Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung wurde u. a. der Antrag des Hauptausschusses angenommen, die Zahl der Gewerbeinspektoren von 80 auf 98 zu erhöhen. Beim Landwirtschaftsministerium wurden die Mittel für die wissenschaftliche Erforschung von Tierkrankheiten bei den laufenden und den einmaligen Ausgaben um insgesamt 35 000 Mark erhöht. Damit war die zweite Lesung dieses Etats erledigt.

Es folgte die zweite Beratung der allgemeinen Finanzverwaltung.

Abg. Dr. von Kries (Dntl.) erklärte, vor allem bedürften das platte Land und der Osten Preussens einer ansehnlichen Ver-

sie vermochten sich natürlich weder einen Plan zurechtzumachen noch überhaupt etwas Bestimmtes vorzunehmen, ehe ihnen der Abend nicht eine Gewissheit gebracht hätte. Herbert erwies sich als der bei weitem Ruhigere und Ueberlegtere von beiden, und Heinz, der sich müde und abgelenkt fühlte, ordnete sich ihm willig unter.

Frühzeitig schon brachen sie nach dem Eldorado-Theater auf. Der goldbetreute Pförtner begrüßte Heinz mit unterwürfiger Vertraulichkeit, und der junge Schriftsteller sagte, indem er ein größeres Geldstück in die bereitwillig geöffnete Hand des Mannes gleiten ließ:

„Erinnern Sie sich vielleicht, daß sich gestern eine Dame bei Ihnen nach einem Herrn Mayring erkundigte?“

„Gewiß, Herr Hoffeld!“ Die Dame war ja zweimal

hier, am Nachmittag und am Abend.“

„Nun wohl, sie wird auch heute abend wiederkommen. Und Sie werden dann die Freundlichkeit haben, sie in unsere Loge zu führen. Sagen Sie ihr nur, der Herr erwarte sie, von dem man ihr gestern gesprochen habe.“

Der Portier versicherte ihm seiner Dienstwilligkeit, und Heinz nahm mit Herbert in einer der Logen des ersten Ranges Platz. Sie mußten sich eine gute Weile gedulden, denn es war noch eine halbe Stunde bis zum Beginn der Vorstellung, und erst allmählich begann sich das Haus zu füllen. In ersten Gesprächen verbrachten sie die Zeit; aber sie wandten beide mit einem Aufsatzen der Erleichterung die Köpfe, als endlich an die Logentür geklopft wurde.

„Da ist die Dame, Herr Hoffeld!“ Bitte, Frau, treten Sie nur ein!“

Eine schlanke, beinahe schwächliche Frauengestalt schob sich durch die schmale Türöffnung. Die Züge ihres Antlitzes waren noch immer leidlich hübsch, aber sie waren verhärrt und verkümmert, und die Augen in dem blauen Gesicht waren gerötet wie von vielem Weinen. Furcht und Mißtrauen spiegeln sich in dem Blick, den sie auf die beiden Herren richtete, die sich höflich erhoben hatten, und sie vermochte vor Befangenheit kein Wort hervorzubringen. Heinz war es, der sie anredete.

stimmung. Mit dem Polizeistrafenausgleich könne man nicht noch länger warten. Das gleiche gelte für den Schulstrafenausgleich. Bereits am 1. April d. J. hätte hier eine Neuordnung erfolgen müssen.

Das Haus unterbrach hierauf die Aussprache, um

die zweite Beratung der Gewerbebesen

fortzusetzen. Es wurde zunächst die namentliche Abstimmung zu § 3 der Vorlage wiederholt, bei dem sich am Vortage die Opposition keine Karten abgegeben hatte. Die Abstimmung, über die abgestimmt wurde, spricht die Verlängerung des gleichen Gesetzes um ein Jahr aus. Es beteiligten sich diesmal auch die Wirtschaftspartei, die Deutsche Volkspartei und die Christlichnationalen Bauern.

Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Es wurden 306 Karten abgegeben. Mit „Ja“ stimmten 210, mit „Nein“ 96 Abgeordnete. Die Vorlage war damit in zweiter Lesung angenommen. Dagegen hatten gestimmt Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei, Christlichnationalen Bauernpartei und Kommunisten.

Es wurde sodann abgestimmt über den

Kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister. Der Antrag war mit den Beziehungen der Preussenkasse zur Reichsbank begründet worden.

In namentlicher Abstimmung wurde er mit 207 Stimmen der Regierungsparteiern gegen 70 Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten bei 15 Enthaltungen der Wirtschaftspartei und kleiner Gruppen abgelehnt.

Nachdem noch verschiedene Abstimmungen zum Kultusetat nachgeholt waren, wurde die Aussprache zum Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung fortgesetzt. Nach kurzen Bemerkungen einiger Redner gab Finanzminister Dr. Höpfer-Misch eine Darlegung über die Geschäftsabwicklung der Preussenkasse. Die Zinsen könnten nach Ansicht der Kasse abgebaut werden. Ein stärkerer Lastenausgleich innerhalb der Gemeinden hinsichtlich der Polizei- und Schulkosten sei notwendig, dürfte aber nicht auf Kosten des Staates erfolgen. Der Anteil Preussens an den Ueberweisungen sei schon geringer als der anderer Länder. Damit schloß die allgemeine Aussprache zu diesem Haushalt. Das Haus vertagte sich auf Donnerstag 12 Uhr.

Aus Laasphe und Umgegend.

* Laasphe, 25. April. (Waldbrand.) Gestern brach in der Nähe von Saffmannshausen ein Waldbrand aus. Es sind ca. 8 Morgen Kiefernforst vernichtet worden. Das Feuer konnte zum Glück schnell gelöscht werden, da die umliegenden Werke und die Einwohner von Saffmannshausen sowie die Laaspheer Feuerwehr eifrig eingriffen. Ueber die Entstehung des Brandes ist bis jetzt nichts bekannt geworden.

* Laasphe, 25. April. Ein Winter ohne Ende — so kann man wohl den heutigen bezeichnen! Nachdem schon während des gestrigen Tages leichte Graupelschauer niedergegangen waren, setzte während der verflochtenen Nacht zu allem Ueberfluß ein lebhaftes Schneetreiben ein, so daß heute in den frühen Morgenstunden die Landschaft wieder ein völlig winterliches Aussehen hatte. Allerdings räumte die Sonne mit dem Winterdöhl bald auf. Aber wie lange schon warten wir vergeblich auf eine Reihe wirklicher Frühlingstage! Wann endlich wird die sehnsüchtige Menschheit sich ihrer erfreuen dürfen?

* Laasphe, 25. April. In vergangener Woche ist endlich auch der letzte eingefrorene Hausanschluß unserer Wasserleitung (in der Grabenstraße) aufgetaut. Mai ist es also doch nicht geworden, wie viele Leute beklagten, aber nahe genug daran war es. Daß aber Mitte April noch nicht alle Leitungen wieder aufgetaut waren, verdient als große Seltenheit in der Chronik der Stadt festgehalten zu werden. Die Friedrichshütte ist noch immer ohne Wasser. Schuld daran trägt ein großer Bruch im Rohrtrakt der oberen Laasphe, den man bis jetzt — auch mit den Hochdruckapparaten einer Dortmunder Firma — noch nicht hat ausfindig machen können. Doch soll dem Uebel jetzt energisch zu Leibe gegangen werden.

* Weiterberichterstattung für Freitag: Zunahme der Bevölkerung, Niederschlagsneigung, kühl, westliche bis nördliche Winde.

„Bitte, wollen Sie nicht freundlichst Platz nehmen,“ sagte er mit einiger Höflichkeit. „Ich habe gehört, daß Sie sich hier nach einem Herrn Mayring erkundigten. Der Name selbst ist mir fremd; aber die Schilderung, die Sie von dem betreffenden Herrn entwarfen, schien mir auf einen meiner Bekannten zu passen. Ich habe Sie deshalb zu mir bitten lassen, um von Ihnen noch einige nähere Angaben über den Herrn zu erhalten, die eine Feststellung seiner Identität ermöglichen.“

Schüchtern hatte sich die Frau auf den äußersten Rand des angebotenen Sitzes niedergelassen, und während sie nun sprach, zuckte es fortwährend um ihre Mundwinkel wie bei einem Kinde, das dem Weinen nahe ist.

„Sie sind sehr gültig,“ sagte sie mit leiser und verflüchteter Stimme. „Ich wäre so froh, wenn ich von Ihnen etwas über mei — über Herrn Mayring erfahren könnte. Und ich will Ihnen gern sagen, was Sie von mir wissen wollen.“

Auch Herbert und Hoffeld hatten sich gesetzt. Und während Wehringen sich auf die Rolle des schweigenden Zuhörers beschränkte, behielt Heinz das Wort.

„So haben Sie vielleicht die Güte, uns das Aussehen des betreffenden Herrn noch einmal zu beschreiben, womöglich auch die Kleidung, die er zu tragen pflegte?“

Ohne Zögern kam die Unbekannte seinem Verlangen nach. Aufmerksam folgte Heinz ihrer Schilderung; und die charakteristischen Einzelheiten, die sie ihm angab, nahmen ihm sehr bald auch den letzten Zweifel darüber, daß Mayring und Martens wirklich ein und dieselbe Person waren.

Aber als die Frau dann versuchte, befangen sich Heinz in Verlegenheit, was er ihr sagen sollte. Es war ja seiner festen Ueberzeugung nach die Frau des Ermordeten, die er da vor sich hatte; und ebenso sicher fühlte er, daß sie keine Ahnung hatte von dem furchtbaren Schicksal, das ihren Gatten getroffen. Es war eine schwere Aufgabe, ihr auf schonende Weise die Wahrheit zu enthüllen.

(Fortf. folgt.)



S. G. V.  Abt. Laasphe.

Zu der am Freitag, den 26. ds. Mts., abends 8 1/2 Uhr im Kurhause stattfindenden

außerordentl. Jahreshauptversammlung

wird hierdurch mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen eingeladen.

Tagesordnung: Gebirgsfest.

Laasphe, den 25. April 1929.

Der Vorstand.

Zur Frühjahrsausaat

empfehle in bester Qualität, garantiert feidefrei:

Rothklee
Schwedenklee
Weißklee
Gelbklee
Timotheegrass
Englisches Rappgras
Saattwicken
Leinsaat,

ferner sämtliche

Garten-Sämereien

nur bestbewährte Sorten.

Gustav Hoffmann, Feudingen

Fernsprecher Nr. 79.

Wir suchen noch mehrere Kolonnen

gelernter Holzhauer

zur Aufarbeitung von Schleifholz, Nähe Reimkruth.

Radenbach & Co., Komm.-Ges.,

Holzhandlung

Erndtebrück i. Westf.

Fußballverein
Niederlaasphe.

Die diesjährige

General-

Versammlung

findet am Sonntag den 27. April, abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal Schäfer statt, wozu sämtliche Mitglieder eingeladen werden.

Der Vorstand.

Warzen beseitigt schnell und schmerzlos Dr. Bußels Warzenzerstörer Wittg. Drogerie, Laasphe.

Saathartoffeln

Blaue Obenwälder hat abzugeben

Emil Müller, Laasphe.

Junge

Fuchs-Ruh,

gut gefahren, Mitte Mai kalbend, steht zu verkaufen. Bei wem, sagt die Geschäftsstelle der Wittg. Ztg.

Lebhaftes, kräftiges

Mädchen

für sofort gesucht.

Bahnhofs-Hotel, Laasphe.

Radioanlagen? - W. Stähler!

Frankfurter Rundfunkprogramm.

Freitag, den 26. April. 6.30 Morgengymnastik. Anschließend: Wetterbericht und Zeitangabe. 12.15: Schallplatten-Konzert: Aus „Die Meisterfingerringe von Nürnberg“ von Richard Wagner. 15.05 bis 15.35: Stunde der Jugend. 15.55-16.05: Hausfrauenabend. 16.25-17.35: Hausfrauen-Nachmittag. 17.35-18.05: Von Stuttgart: Konzert des Rundfunkorchesters. 18.10-18.30: Lesestunde. 18.30-18.40: Von Kassel: Rehn Minuten Ratsschlüsse für Mutter und Kind, Vortrag von Mathilde Weisfel. 18.40-19: „Was wissen Sie vom Reichshaushalt?“, kurzer Streifzug durch den Reichshaushalt und den Apparat der Reichsmaschinen von Chefredakteur E. Baumann. 19-19.20: Stunde des Südwestdeutschen Radioklubs. 19.20-19.40: Stenographischer Fortbildungskurs für Anfänger und Fortgeschrittene. 19.40-19.55: Fünfzehn Minuten Fortschritte in Wissenschaft und Technik. 19.55-20: Film-Wochenchau. 20-21.50: Vom Kurhaus Wiesbaden: Sinfonie-Konzert des Städtischen Kurorchesters. 21.50: Von Stuttgart: Unterhaltungskonzert des Philharmonischen Orchesters Stuttgart. 0.30-1.30: Nur für Frankfurt: Nachtkonzert des Rundfunkorchesters: Franz Liszt, Richard Strauss.

Radio-Anlagen

durch H. Schröder, Laasphe, Kirchplatz 4, Tel. 111.

Einladung!

Achtung!



Achtung!

Wir veranstalten

am Freitag, den 26. April 1929, abends 8 Uhr
in Feudingen im Vereinshaus und

am Montag, den 29. April 1929, abends 8 Uhr
in Laasphe im Westfälischen Hof, Inh. Paul Fuchs

eine

hauswirtschaftliche Ausstellung

verbunden mit elektrischem Schaukochen und Backen

sowie einen Vortrag über das Thema:

„Die Elektrizität im Haushalt“

Während dieser Veranstaltung werden alle der Haus- u. Küchenwirtschaft dienenden elektrischen Geräte durch eine Hausfrau ausführlich besprochen und in ihrer Handhabung praktisch vorgeführt. Im Besonderen wird während des Vortrages mit elektrischen Geräten gekocht, gebraten und gebacken. Die bereiteten Speisen werden als Kostproben verabreicht.

Im Anschluß an den Vortrag und während der Vortragspausen wird durch Vorführung lehrreicher u. humorvoller Filme, durch Rundfunkübertragung u. musikalische Einlagen für Belehrung und Unterhaltung gesorgt, so daß sich dieser Vortrag zu einem gemütlichen und anregenden Unterhaltungsabend gestalten wird, bei dem die Besucher wirklich einmal alle Sorgen des Alltags vergessen können.

Das große Interesse und vor allen Dingen der zahlreiche Besuch, den derartige Vorträge überall finden, veranlassen uns, darauf hinzuweisen, daß wegen des zu erwartenden großen Andranges pünktliches Erscheinen zu empfehlen ist.

Jedermann ist freundlichst eingeladen.

 Der Eintritt ist vollkommen frei. 

Die ausgestellten Apparate können schon ab 12 Uhr mittags besichtigt werden. Auskünfte werden hierbei bereitwilligst erteilt.

Am Nachmittag desselben Tages 4 Uhr findet eine Sondervorführung für Kinder statt.

Kommunales Ueberlandwerk Wittgenstein,
G. m. b. H., Berleburg i. Westf.

Fühlen Sie sich müde, abgespannt, unapflich

nehmen Sie dreimal täglich ein Gläschen

DOPPELHERZ

denn Doppelherz ist das neueste, wohlschmeckende und bekömmliche Nervenkräftigungsmittel. Hervorragend bewährt bei Neurasthenie, Kopfschmerzen, Blutarmut, Appetitlosigkeit und Schwächezuständen aller Art. In fast allen Apotheken und Drogerien ist Doppelherz erhältlich. Probeflasche 2.20 u. 4.- Mk.

Bestimmt zu haben in der
Wittgensteiner Drogerie
Max Hing.

Bekanntmachung.

Die Verpachtung der städtischen und Separationswege findet am

Samstag den 27. April 1929, nachm. 5 Uhr im Kurhaus Rohlhaedt hier selbst statt. Die Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben.

Laasphe, den 23. April 1929.

Der Magistrat: Pränger.

Grundstücksverpachtung.

Von dem Fürstlichen Grundstück hinter'm Dillstein sind einige Parzellen pachtfrei. Reflektanten erhalten nähere Auskunft durch das Büro der Rentkammer.

Wittgenstein, den 23. April 1929.

Fürst Wittgenstein'sche Rentkammer.